

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Weg des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger folgt in Nastätten sowie bei den auswärtsigen Agenturen monatlich 2 Mk. 8.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich 24.—. Belegungen können jederzeit erfolgen.

Abzügen finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger" weiteste Verbreitung und werden die 6-gelappten Nonpareil-Letter oder deren Raum mit 2 Mk. 2.— die Restsumme mit 2 Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878.

Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten.

Begründet 1878.

Nr. 57

Nastätten, Dienstag, den 16. Mai 1922

45. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die Erwartungen, die zum Beginn der Woche vielfach in Deutschland gehegt wurden, unsere Schuldensituation an die Entente würde uns durch einen Konflikt zwischen England und Frankreich abgenommen werden, der auf der Konferenz in Genua auszubrechen drohte, brauchen nicht durch einen Wechsel der Stimmungen beirrt zu werden, denn sie waren nicht begründet. Unter dem Kreuzfeuer der sensationell aufgetragenen Genueser Telegramme ist in Deutschland ganz übersehen worden, daß die deutschen Reparationsverpflichtungen auf der Konferenz gar nicht verhandelt und auch die Unterredungen des Reichsfinanziers Birth mit Lloyd George und dem französischen Vertreter nicht aufgehoben worden sind, sondern daß es sich in Genua nur um die Forderungen an Rußland gehandelt hat, die uns nichts anachen. Das an uns gestellte Verlangen, zum 31. Mai die Garantien für den von uns erbetenen Zahlungsaufschub zu bringen (60 Milliarden Steuern) besteht fort, und ob es geändert werden soll, oder ob Frankreich eventuell wirklich neue Sanktionen durchführen, das heißt das Ruhrgebiet besetzen will, obwohl England dagegen ist, wird sich erst später zeigen.

Man darf wohl annehmen, daß England im Interesse seines europäischen und Welt-Handels sich heute in der Tat entschlossen hat, den Bogen gegen Deutschland nicht zu überspannen, aber es denkt nicht daran, uns alles zu schenken. Niemand unter unseren Gegnern ist so großmütig, auch die Amerikaner nicht.

Mit der (früheren oder späteren) Wahrung der Anerkennung der Sowjet-Regierung und dem Wiedereintritt Rußlands in den Völkerbund wird der Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens noch nicht gesichert, er ist von der Erledigung der Reparation und der daraus folgenden Verbesserung der deutschen Valuta abhängig. Ob und wieviel der Reichsfinanzminister Herms auf seiner bevorstehenden Reise nach Paris dort von der Wiedergutmachungskommission vorschlagen kann, das müssen wir abwarten. Frankreich erklärt sich ja selbst den amerikanischen Mahnungen zur Rückzahlung der Kriegsanleihen für nicht zahlungsfähig, so lange wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllt haben.

Der deutsche Reichstag, der seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, ist darin natürlich sehr beschränkt, so lange über die großen Tagesangelegenheiten keine Entscheidung oder wenigstens eine Klärung gegeben worden ist, aber er wird sich dafür doch mit den Einzelheiten der Lebensmittelnappigkeit und Teuerung beschäftigen können. Wenn z. B. behauptet wurde, daß unsere letzte Debitanzahlung an die Entente von 18 Milliarden Gold in Zucker geleistet worden ist, weil vollständige Zahlungsmittel fehlten, so ist das ja wohl denkbar, aber es hätte das rechtzeitig bekannt gegeben werden sollen, damit den Schokoladen- und Konfitürenfabriken sowie den Süßwarenproduzenten der Zuckerforb etwas höher hätte gehängt werden können, damit die Haushaltungen nicht Wochen lang auf Zucker hätten zu warten brauchen. Auch gegen neue Streikagitationen, die einen so starken Einfluß auf die Preise ausüben, hat der Reichstag allen Anlaß, ein ernstes Wort zu sprechen; dazu ist das trotz aller Reden und Schriften andauernde Wuchertreiben scharf unter die Lupe zu nehmen. Ist es doch so weit gekommen, daß sich Ausländer, die abgerissen nach Deutschland kamen, laut rühmten, daß sie in ein paar Monaten Millionen geworden sind. Hier verlag die Reichsregierung nach wie vor. Die kleineren Bucher mögen unterdrückt sein, aber die großen sind frisch bei der Arbeit geblieben.

Zum 31. Mai.

Die deutsche Note an die Reparationskommission.

Die Antwort auf deren letzte Note — die bekanntlich die Forderung auf 60 Milliarden neuer Steuern und auf fast schrankenlose Finanzkontrolle aufrecht erhielt — ist am Mittwoch in Paris übergeben worden. Die Note spricht von gewissen Mißverständnissen, die in dem vorhergehenden Notenwechsel entstanden seien, und die durch verteilte Berechnungen der Lage geklärt werden sollen.

Die Notwendigkeit von ähnlichen Anleihen. Die Note stellt daher fest, daß auch die Reichsregierung der Auffassung sei, daß es grundsätzlich notwendig ist, die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen ohne Vermehrung der Geldinflation zu decken.

Andererseits könnten erhebliche vom Reich in ausländischer Währung zu leistende Zahlungen nur durch ähner Anleihen beschafft werden.

Die unmöglichen Steuerforderungen.

Der Forderung auf Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark bis zum 31. Mai zu entsprechen, erklärt die Note erneut für unmöglich.

Dagegen erklärt sich die deutsche Regierung bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen einachebenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, dem eingangs aufgestellten Grundsatz Rechnung zu tragen.

Die Souveränität Deutschlands und die Finanzkontrolle.

Zu der zweiten Hauptforderung der Reparationskommission, der Finanzkontrolle, nimmt die Note in sehr vorsichtig gehaltener Form Stellung, die das Bestreben zeigt, weitere Verhandlungsmöglichkeiten offen zu lassen, ohne Deutschlands Souveränität preiszugeben. Es heißt da wörtlich:

„Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben sowie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Kommission den Wunsch hat, die deutsche Regierung bei der Ordnung der Finanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für erwünschte Auskünfte eröffnen. Sie wird deshalb auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten gefegeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiet der Finanzgebarung ins Benehmen treten.“

Im übrigen will die deutsche Regierung die von der Reparationskommission gestellten Bedingungen nach Kräften zu entsprechen suchen. Einige dieser Bedingungen seien aber, wie erneut festgelegt wird, unerfüllbar. Die Note weist dann auf die von der Reparationskommission gebotene Verhandlungsmöglichkeit hin und ersucht zum Schluß die Reparationskommission, sich mit einer angemessenen Verlängerung einiger Fristen einverstanden zu erklären, da es der Reichsregierung wegen der Abwesenheit eines Teiles ihrer Mitglieder in Genua nicht möglich war, verschiedene dieser Fristen innezuhalten.

Die deutsche Note zeigt das offensendere Bestreben, Verhandlungsmöglichkeiten über den 31. Mai offen zu halten. Sie ist, wie aus halbamtlichen Verlautbarungen hervorgeht, das Ergebnis wochenlangender Vorverhandlungen und Frühlingnahme mit Ententevertretern, die in Genua eingeleitet wurden. Sie soll die endgültigen Verhandlungen mit der Reparationskommission vorbereiten und einleiten, die Reichsfinanzminister Herms dieser Tage in Paris führen wird. Der Minister, der in erster Linie zu diesem Zweck früher aus Genua zurückgekehrt ist, reiste am Freitag von Berlin nach Paris ab. Gleichzeitig mit ihm wird Staatssekretär Bergmann, der gegenwärtig auf einem kurzen Erholungsurlaub weilt, in Paris eintreffen. Damit ist für unsere Politik das Schwergewicht von Genua nach Paris verlegt.

Bei den unfruchtbaren Genueser Verhandlungen hat sich für die Führer der deutschen Regierung — die langen inoffiziellen Besprechungen mit Lloyd George und Schanzer scheinen hierzu besonders beigetragen zu haben — immer mehr die Ueberzeugung herausgebildet, daß wir in der Reparationsfrage zu einer Einigung mit Frankreich zu kommen suchen müßten. Bei den Reparationsansprüchen handelt es sich in erster Linie immer wieder um

französische Ansprüche. Wenn also auch offiziell die Reparationskommission zu entscheiden hat, die eigentliche Entscheidung liegt immer in den Händen Frankreichs. Die anderen Großmächte sind an ihr immer nur indirekt interessiert, dies zwar, wie sich immer deutlicher herausgestellt hat, sehr stark, aber trotzdem lassen sie bisher immer noch dem unmittelbar interessierten Frankreich die Vorhand.

Rußlands Bedingungen und Wünsche.

Die russische Antwortnote auf das Entente-Memorandum.

Die am Donnerstag Schanzer übergebene russische Antwortnote besteht, wie das Memorandum der Mächte, auf das sie die Antwort gibt, aus einer Einleitung und der eigentlichen Note. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, daß das Memorandum gegenüber den Bedingungen der Mächte vom 20. April der Londoner Denkschrift und der Beschlüsse von Cannes einen Rückschritt bedeute. Der Wiederaufbau Rußlands liege im eigenen Interesse Europas und der Welt. Die Wiederaufnahme von 140 Millionen Konsumenten in die weltwirtschaftlichen Organisationen und die Belieferung des Weltmarktes mit ungeheuren Rohstoffmengen wolle Rußland gemeinsam mit den anderen Mächten regeln, um die Arbeitslosigkeit und die Not Europas zu mildern. Die von dem Sachverständigenausschuss gestellten Vorbedingungen, daß einer genaueren Prüfung der russischen Frage die Anerkennung der Staatsschulden und des Privatigentums durch die Sowjetregierung vorangehen müsse, habe zur Folge, daß diejenigen Zukunftsprobleme, die die ganze Welt interessieren, den Fragen der Vergangenheit untergeordnet werden.

Da die von der russischen Delegation ausgearbeiteten Gegenvorschläge zu der Resolution von Cannes von den Mächten nicht als Verhandlungsbasis anerkannt worden seien, sei der wichtigste Teil der Konferenzarbeiten zur Fruchtlosigkeit verdammt.

Die ausländischen Kapitalisten hätten die Regelung der Schulden nicht abgelehnt, als sie mit den Russen in Verbindung traten. Wesentlich für die Gewährung von Krediten seien nur die Garantien der Sowjets und ihre Anerkennung de jure.

Die Sowjetregierung wolle nur solche Verpflichtungen übernehmen, die sie auch einhalten könne. Mehr als eine der auf der Konferenz vertretenen Mächte habe in der Vergangenheit seine Verpflichtungen nicht gehalten. Mehr als einer der Staaten habe die Bestürmer der Ausländer beschlagahmt und ihren Erlass für sich ohne Eingreifen eines Gerichtes, wie es jetzt bei Rußland verlangt werde, an sich gerissen. Der Widerstand einiger Mächte, Rußland von dem politischen und wirtschaftlichen Leben auszuschließen, hänge mit der Nichtbetrieblung gewisser Ansprüche zusammen.

Die Zwischenfälle der letzten Tage, besonders hinsichtlich des Privatigentums, ließen klar erkennen, daß man

aus einer rein materiellen Frage eine politische gemacht

habe. Die Sowjetdelegation weigere sich aber fest, daß in die Verhandlungen eine politische Tendenz hineingetragen werde. Die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz werde auf diejenigen Mächte fallen, die sich dem allgemeinen Verständigungswillen widersetzen und ihre Einzelinteressen den Interessen Europas überordnen.

Rußlands Bedingungen und Gegenvorschläge.

In dem eigentlichen Antwortmemorandum erklärt die Sowjetdelegation, daß sie das Verbot der Propaganda in den anderen Ländern ablehnen müsse, da die Propaganda mit politischen Parteien und Arbeiterverbänden nicht in Widerspruch mit der Verfassung dieser Länder stehe. Die russisch-rumänischen Streitfragen dürften nicht getrennt behandelt werden. Und im griechisch-türkischen Konflikt könne Rußland eine Neutralität nur gemäß den internationalen rechtlichen Verpflichtungen eingehen. Seine freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei

wolle es aber nur zur Herstellung eines friedlichen Zustandes im Orient benutzen.

Bezüglich des sozialisierten Eigentums werden Präzedenzfälle in anderen Staaten angeführt, und Rußland erklärt, daß es nicht verpflichtet werden könne, irgendwelche Verbindlichkeiten gegenüber den Mächten oder ihren Staatsangehörigen für die Einlösung der öffentlichen Schulden und die Sozialisierung des privaten Eigentums zu übernehmen. Da die zaristische Regierung sich geweigert habe, irgendwelche Entschädigungen für die Revolution im Jahre 1905 zu geben, so sei auch für die Sowjetregierung keine Verantwortung für die Schulden der Vergangenheit aufzukommen. Die Sowjetregierung wolle aber den dritten Grundsatz der Beschlüsse von Cannes unter der Bedingung der Gegenseitigkeit annehmen. Die Kriegsschulden seien dadurch erloschen, daß Rußland den Krieg vorzeitig beendet und keine Gewinne an sich gerissen habe. Die Kriegsschulden wolle die Sowjetregierung unter der Bedingung anerkennen, daß auch die durch die weißen Armeen verursachten Schäden von den Mächten wieder gut gemacht würden.

Mennes Dienstentlassung.

Das Urteil gegen die Urheber des Eisenbahnerstreiks.

Die Disziplinarkammer in Erfurt hat in dem Verfahren gegen die Urheber des Eisenbahnerstreiks vom März dieses Jahres das Urteil gefällt. Die Angeeschuldigten, Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thiem und Eisenbahnsekretär Dibil, wurden für schuldig befunden, und die Disziplinarkammer erkannte gegen sie auf Dienstentlassung. Von der Gewährung einer Teilpension wird abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien und außerdem Aussicht bestehe, daß die drei Angeeschuldigten in der Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten und -angestellten einen ausreichenden Lebensunterhalt finden. Die Frage, ob die Angeeschuldigten bei der Ausübung ihrer Tat Beamte gewesen seien, wird bejaht. Ein Streikrecht der Beamten gebe es nicht.

Die Radikalisierung der Eisenbahner.

Wie einige Blätter melden, hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, die dem Deutschen Beamtenbund angehört, an den freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband das Ersuchen gerichtet, mit ihr in Verhandlungen über eine Verschmelzung der beiden Gewerkschaften einzutreten. Der D. E. B. soll sich hierzu bereit erklärt haben und dem Gedanken einer Vereinigung nicht ablehnend gegenüberstehen.

Eisners Verrätereien.

Froispruch der Angeklagten im Fischenbacher Prozeß.

Das Münchener Gericht hat die Angeklagten in dem von dem ehemaligen Sekretär Eisners, Fischenbach, angestregten Verleumdungsprozeß, Professor Cöbmann, den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, sowie einige Münchener Zeitungsschriftleiter, freigesprochen — nur ein Schriftleiter erhielt wegen über Nachrede eine geringe Geldstrafe — und dem Privatkläger die Kosten des Verfahrens übertrug.

Die sehr eingehende und umfangreiche Urteilsbegründung ist von großer politischer Bedeutung. Sie stellt fest, daß Eisner bewußt und mit Ueberlegung gefälscht habe, um eine Schuldkenntnis Deutschlands am Kriege zu erhalten.

Tatsächlich aber geht aus dem unverstümmelten Schönen Bericht hervor, daß Deutschland keinerlei Kriegsschuld habe, daß es den Krieg nicht gewollt hat, sondern im Gegenteil eine Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien angestrebt hat. An Hand der Aussagen der Zeugen und Sachverständigen wird weiter ausgeführt, daß die Wirkung der Eisnerschen Veröffentlichungen nicht die von ihm

ermartete war, sondern daß sie im Gegen- teil eine Hauptstütze der Behauptung von der Schuld Deutschlands am Krieg und damit ein wesentlicher Grund der Deutschland auferlegten Lasten seien.

Den Angeklagten wurde der Schutz des § 108 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt, und zwar mit folgender Begründung: Das Verfallert Diktat, so geht es dort, trifft alle Deutsche. Jeder Deutsche hat daher das Recht, nach seinen Fähigkeiten auf Wahrung des dadurch hervorgerufenen Zustandes hinzuwirken. Aus diesem Grunde handelten die Angeklagten in Wahrung berechtigter Interessen.

Fälscher Anspach.

Der 40-jährige Fälscher des „Rahbun- deris“ ist seinem wohlverdienten Ge- schick verfallen. Die Berliner Polizei legte den schwerwichtigen 21 Jahre alten Fälscher Erich Anspach, der sich in Wein- böhla einmal den genannten Titel angelegt hatte, hinter Schloß und Riegel. Anspach, dessen Jugend schon beträchtliche Sünden aufzuweisen hat, setzte sich nach Beendigung seiner Militärzeit auf das Fälschen amtlicher Dokumente. Hierin verlor er sich und einigen anderen den Doktorhut, dann verkaufte er nachgemachte Abiturnums- schein und verschaffte sich zahlreiche Stempel von Reichs- und anderen Behörden.

Auf gefälschten Briefbögen fertigte er Geheimbefehle der deutschen Polizeitruppen, Verträge der geheimen Kabinettsstufen, militärische Aufmarschpläne und dergleichen an und verkaufte die gefälschten Dokumente, die oft den unglaublichen Inhalt hatten, an die Polen, an Frank- reich und an Amerika. Er arbeitete so großzügig im Dienste der Entente, daß er im französischen Kriegsministerium aus- und einging. Seine Fälschungen wurden dort als ernst angesehen und er galt als „Affessor“ eines Reichsministeriums. Die französischen Entstellungen über angebliche deutsche Waffenlager und geheime Armeen sind auf Anspachs Fälschungen zurückzuführen.

Die Leichtgläubigkeit der Abnehmer Anspachs wird verständlich, wenn man erfährt, mit welchem Raffinement die Fälschungen durchgeführt wurden. Jedes Stempel, Abzeichen, stets ganz genau detaillierte Angaben sorgten dafür, den Dokumenten den Anschein der Wahrheit zu geben, zumal Anspach sie stets nach wertigen Zagen von seinen Kunden zurückforderte, da sie sonst im Ministerium fehlten. Ent- deckt wurde der Schwindler, den viele Per- sonen unwissend unterstützten, durch verschiedene Unvorsichtigkeiten Anspachs, die zu seiner Verhaftung führten.

Als Motiv seiner Fälschereien gab An- spach bei der Vernehmung an, daß ihn ein Mangel bedrängte und nicht Geldge- winn getrieben habe. „Ich hätte ein wunder- bares Vergnügen daran, wenn ich in den Zeitungen die französischen Noten las, die auf Grund meiner Fälschungen an Deutschland abgehandelt wurden.“ Ob das zutreffend ist, wird erst die weitere Unter- suchung gegen den Vaterlandsverräter, der dem Spartakusbund angehört, ergeben. Außerdem ist jetzt die Frage, ob Anspach, der viel bei seiner Tätiigkeit herumreiste, Helfer gesucht hätte, Gegenstand ein- gehender Nachforschungen.

Deutscher Reichstag.

Die deutschen Eisenbahnen.

— Berlin, 12. Mai 1922.

Das Reichsparlament setzt die 2. Lesung des Reichsverkehrssetzes fort. Geheimrat Dr. Daaß von der Deutschen Volkspartei bringt zahlreiche sachliche Beanstandungen des gegenwärtigen Zustandes der Eisen- bahnen vor und glaubt, daß in diesem Jahre die Bahnen ein Defizit von etwa 20 Mil- liarden haben werden. Er teilt also durch- aus nicht den Optimismus Groeners. Das deutsche Verkehrsweien sei seiner Art, wie im vorigen Winter nicht gerecht gewor- den. Die Verwaltung mühe nach kaufmännischen Grundsätzen reformiert werden.

„Ich wie die anderen Kritiker“ tritt der Reichsverkehrsminister Groener ent- gegen. Er betont nochmals seinen Opti- mismus, den er dem Pessimismus seiner Vorredner entgegenstellt. Der Zustand der Reichsbahnen sei bisher nicht ruft. Aber berücksichtigt man, daß die einzelnen Ba- gen infolge der Valutenerhöhung und der Ablieferungen auf Grund des Friedensver- trages bedeutend mehr leisten müßten als früher, berücksichtigt man bei einer Ge- winnüberstellung auch die Gebietsverluste, die wir erlitten haben“ so seien die Vor- zugsleistungen erreicht. Das Defizit von 16,5 Milliarden habe das Reich von den Vorkriegsjahren übernommen. Der Minister meint, daß Jahr 1922 werde günstiger abschneiden.

Der Minister kommt dann auf die Per- sonalpolitik zu sprechen. Die größten Schwierigkeiten mache die Eisen- bahnenverwaltung solle die Verwaltung selbständiger gemacht werden. Ein neuer Entwurf hierzu werde jetzt ausgearbeitet. Die Verhandlungen über die Dienst- und Ruhezeit schweben und werden hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Ein Streikrecht der Beamten be- steht nicht.

Dr. Jung, Wieland (Dem.) bringt gleich- falls wie die übrigen bürgerlichen Redner zahlreiche sachliche Beschwerden und Bean- standungen vor, die sich auf die mangelhafte Verknüpfung des Verkehrs, auf technische Mängel, auf die andauernden Tarif- erhöhungen usw. beziehen. Von größtmög- licher Sparsamkeit und von der dazu ge-

hörenden richtigen Reaktion der Arbeits- zelt erhofft er Besserung.

Auf einzelne Beschwerden des Vor- redners eingehend, erklärt Reichsminister Groener, daß täglich mindestens 3000 Wa- gen zur Abluhr der Daldendebstände des Ruhrreviers gestellt werden sollen. Er er- klärt ferner, daß für die Reisezeit die Per- sonentaxen nicht erhöht werden, und spricht für die gemischt-wirtschaft- liche Betriebsform.

Abg. Aufhäuser (U. E.) wendet sich gegen die Verträge, die Eisenbahnen dem Privatkapital auszuliefern. Er bespricht dann Personalfragen, wendet sich gegen Disziplinierungen und bejaht das Streik- recht der Beamten.

Nach Erledigung der am Freitag ab- schließlichen „kleinen Anfragen“ wird die Debatte über die Eisenbahnen fortgesetzt. Zunächst tritt der Sozialdemokrat Duesel auf den Plan, der sich gegen den Vorschlag der In- dustrie auf Entstaatlichung der Eisenbahn wendet. Auch er fordert einen Abbau des Personalbestandes, bei den Arbeitern sei dies in ausreichendem Maße geschehen, Be- amte gebe es aber immer noch 60 Prozent mehr als vor dem Kriege.

Reichsverkehrsminister Groener greift noch einmal in die Debatte ein und vertei- digt sich gegen Vorwürfe, die seiner Verwal- tung von den Rednern in der gestrigen Sitzung gemacht wurden. Er erklärt, daß in Zukunft die Streikabwehrmaßnahmen verschärft werden sollen. Er spricht über die Einschränkung der Beamtenzahl, Ent- lassungen technischer Beamten erfolgen nicht, wenn aber ein Beamter ausscheidet, wird die Stelle nicht neu besetzt.

Abg. Geisler (D. Vp.), der Führer der wirtschaftsrechtlichen Gewerkschaften, pole- misiert gegen die freien Gewerkschaften und gegen Aufhäuser. Er wendet sich gegen den Beamtenstreik, macht aber andererseits der Verwaltung den Vorwurf, daß deren Maßnahmen die Lokomotivführer verbit- tern und den Bergern den Boden ebnen müßten.

Gegen ihn wendet sich der U.-Sozialist Brenning, der das Streikrecht der Beamten verteidigt. Nach weiterer Debatte, in der noch die Abgg. Seibert (D. Vp.) und Park (Komm.) sprachen, kommt man zur Abstim- mung. Die Ausschusstränge werden angenom- men, der Antrag auf Ausdehnung der Rinderfabrikarten wird dem Hauptauschuss überwiesen.

— Berlin, 13. Mai 1922.

Wasserstraßen und Luftfahrt.

Zur zweiten Lesung des Haushalts- planes der dem Reichsverkehrsministerium angegliederten Abteilungen für Wasser- straßen und für Luft- und Kraft- fahrtweise fordert der Hauptauschuss eine Denkschrift über den Plan eines ein- heitlichen Wasserstraßennetzes und ein Reichswasserstraßengesetz. Ferner soll die Unterhaltung von Schnelldampferlinien Ewinemünde—Pillau und Ewinemünde— Danzig gesichert werden.

Die Reichsbahn für Luftfahrunter- nehmungen soll gemäß einem Antrage De- lius (Dem.) nur solchen Unternehmungen gewährt werden, die sich verpflichten, einen öffentlichen Luftverkehr zu unterhalten und Post zu befördern.

Nach dem Ausschussbericht des Abg. Leopold (Dnat.) beipricht Abg. Diez (Zr.) die Verhältnisse auf dem internationalisier- ten Rhein und beklagt die Kontrolle der Rheinschifffahrt durch den Bau eines Frank- reich gehörenden Stauwerkes. Der Aus- bau des Oberrheins sei dringend nötig, um die durch die Stauwerke zu schaffenden en- ewaltigen Energiequellen zu gewinnen; die- ses Projekt müsse die Regierung mehr för- dern, denn der Ausbau des Oberrheins käme allen süddeutschen Staaten zugute.

Der Sozialdemokrat Schumann fordert die Sozialisierung aller Transportmittel, die von der Gesamtheit zum Nutzen der Allgemeinheit verwaltet werden müßten.

Abg. Warmuth (Dnat.) tritt aus wirt- schaftlichen und nationalen Gründen für besseren Ausbau der Seeverbindung nach Ostpreußen ein.

Abg. Gothein (Dem.) unterstützt das Verlangen des Abg. Diez auf Internatio- nalisierung des neuen Stauwerkes im Interesse der Rheinschifffahrt und spricht für Vereinheitlichung des deutschen Wasser- straßennetzes.

Reichsverkehrsminister Groener bedau- ert es gleichfalls, daß nicht schon bei Ueber- gang der Wasserstraßen auf das Reich ganze Arbeit geleistet worden sei. Eine einheit- liche Verwaltung zu schaffen, werde vom Reich erstrebt. Ueber den Oberrhein sei eine Einigung zwischen Deutschland, Frank- reich und der Schweiz zustande gekommen.

Staatssekretär Rirlein erklärt, daß der Schiffsverkehr zwischen Ostpreußen und Ewinemünde gesichert werden soll.

Beim Kapitel Luft- und Kraftfahr- weien fordert Prof. Dr. Schreiber (Zr.) bessere Berücksichtigung des Westens beim Ausbau des deutschen Luftverkehrs. Staatssekretär Bredow sagt dies zu.

Damit ist dieser Etat erledigt. Es folgt die zweite Lesung des Post- etats. Der Hauptauschuss verlangt Ver- minderung der Oberpostdirektionen. An- träge Rubeil (U. E.) fordern Besserstellung der Postagenten sowie Erhöhung der Bezugspreise der Zeitungen entsprechend den steigenden Herstellungskosten, ferner Wie- derEinstellung der wegen unehelicher Mut- terchaft entlassenen Beamtinnen. Anträge der bürgerlichen Parteien warnen vor Vernachlässigung der Interessen des platten Landes und verlangen Umwandlung eini- ger Stellen in Gruppe 7, damit die Postbeamten gegen- über anderen Beamten nicht benachteiligt

werden. Abg. Deilus erstattet den Aus- schussbericht.

Der Sozialdemokrat Taubadel schlägt dem „alten Regime“ alle Schuld an dem letzten Defizit der Post in die Schuhe. Auch er hält eine Verringerung des Personalbe- standes für nötig, will andererseits aber unbedingte Einhaltung des Achtstundentages.

Der Beamtenführer Alkotte (Zr.) wünscht Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Verwaltung und Beamten. Er hält gleichfalls eine Einschränkung des Per- sonals für notwendig, besonders bezüglich der Hilfskräfte und bez. der Referenten und Dezenten bei den Oberpostdirektionen.

Abg. Körner (Dnat.) greift die Tarif- politik der Post heftig an. Reichspostmini- ster Giesberts antwortet auf einige von den Vorrednern vorgebrachte Einzelheiten, insbesondere über Beamtenfragen.

Dann wird die Beratung abgebrochen und auf Montag vertagt.

Deutsches Reich.

Die kommenden Postgebühren.

Berlin, 11. Mai. Die Postverwaltung plant bereits wieder eine Veränderung des Portotariffs, deren wesentlichste Richtlinien folgende sein sollen:

Im Ortsverkehr Postkarten unver- ändert, einfache Briefe auf 1 M. herab- gesetzt; beim Doppelbrief werden zwei Ge- wichtsstufen unterschieden, von 20—100 Gramm wie bisher 2 M., von 100—250 Gramm 3 M.; im Fernverkehr die Post- karte 1,50 M., der einfache Brief 3 M., die beiden höheren Gewichtsstufen 4 und 5 M.; für Druckfachen 50 Pfg. bis 20 Gramm, von 20—50 Gramm 75 Pfg. und die folgenden Gewichtsstufen entsprechend höher; Ansichtskarten mit 5 Worten auf der Vorderseite 50 Pfg.; Pakete 6 M. für Pakete in der Natione sind Erhöhungen nur für die bisherigen beiden untersten Gewichtsstufen sowie in der Fernzone vorgesehen. Die Zeitungs- gebühren werden beträchtlich erhöht bei einem Durchschnittsgewicht der Zeitungs- nummer: bis 20 Gramm 6 1/2 Pfg., bis 30 Gramm 8 Pfg., bis 40 Gramm 10 Pfg., bis 60 Gramm 13 Pfg. Die höheren Gebühren sollen mit dem 1. Oktober in Kraft treten. Bei Telegrammen im Ortsverkehr soll es bleiben wie bisher, im Fernverkehr sollen 1,50 M. für jedes Wort, mindestens 15 M. entrichtet werden. Zur Deckung der Mehrkosten für den Fernspreche- trieb soll der am 1. Januar 1922 einge- führte Teuerungszuschlag von 80 Proz. auf 160 Proz. gesteigert werden.

Der Antrag auf Auflösung des sächsi- schen Landtags wurde von der sozialistich- kommunistischen Einkimmenmehrheit ab- gelehnt. Die Regierung versuchte, die Diskussion über die Auflösung des Land- tags als „unzeitgemäß“ hinzustellen. Die Kommunisten warfen der von ihnen ge- stützten Regierung vor, daß sie „verbüraer- lisch“ sei und nicht das Vertrauen des Pro- letariats habe. Trotzdem stimmten sie gegen den Auflösungsantrag, der dadurch mit 48 sozialistich-kommunistischen gegen 47 bür- gerliche Stimmen fiel. Ein Antrag der De- mokraten auf Regierungsumbildung wurde in der gleichen Weise vom Ministerpräsi- denten zurück abgelehnt.

Inbilanztagung des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Deutsche Land- wirtschaftsrat tritt auf Einladung der bayeri- schen Landesbauernkammer am 10. und 11. Mai in München zu seiner 50. Plenar- versammlung zusammen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wird der Präsident des 1872 ins Leben gerufenen Deutschen Landwirtschaftsrats, Staatsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer-Preisler, die Feier des 50jährigen Bestehens mit einer Ansprache einleiten und alsdann der Hauptgeschäftsführer, Professor Dr. Dade, die Festrede über das Thema „50 Jahre deutsche Agrarpolitik“ halten.

Die Landwirtschaft gegen die Getreide- umlage. In einer Sitzung im Reichsernäh- rungsmiisterium verlas ein Vertreter der Landwirtschaft eine Entschließung des Reichsausschusses der deutschen Landwirt- schaft, die zu dem Schluß kommt, daß eine staatliche Brotgetreideumlage absolut un- durchführbar ist. Der Ausschuss will jedoch bei allen Versuchen ernstlich mitwirken, die darauf abzielen, auf anderer Grundlage die Brotgetreideversorgung sicherzustellen. Jedoch könnten weitere Verhandlungen hier- über erst geführt werden, wenn die Frage der Verbilligung des Brotpreises für die Minderbemittelten durch eine allgemeine Beihilfe der leistungsfähigen Schichten ge- löst sei.

Der Fehlbetrag im preussischen Staatshaushalt. Bei der Etatsberatung im Hauptauschuss des Preussischen Landtages gab Finanzminister Dr. v. Richter eine Uebersicht über die Lage der preussischen Finanzen und das Verhältnis zu den Reichs- finanzen. Für 1920 bestche die Wahr- scheinlichkeit, daß der Haushalt ohne Fehlbet- rag abgegeschlossen werden könne. Wahr- scheinlich werde man auch für 1921 ohne Fehlbetrag auskommen, wenn die Ein- gänge aus der Reichseinkommensteuer der- artig sind, wie der Anschlag sie annehme. Das würde wiederum günstig auf den Haushalt für 1922 einwirken. Für die- ses Jahr bleibe aber voraussichtlich noch ein Fehlbetrag von rund 950 Millionen Mark. Ueber den Haushalt hinaus müsse das Finanzministerium im Laufe der näch- sten Zeit eine Reihe dringlicher Aufgaben übernehmen. Dazu gehörte eine großzügige Aktion im Beamtenwohnungsbaue. Die Beamtenbevöderung stelle besonders große Anforderungen an den Staat.

Der Terror der Völen in Oberste- rien nimmt mit dem Treiben der unter der Führung eines gewissen Gurka stehenden Anführerbanden überhand. Nach der Erschließung des englischen Major- lora Elles in Antonienhütte wird jetzt aus demselben Ort ein neuer Mord- mord an einem englischen Solda- ten, dem Witzelweibel Siorer, gemel- det. Siorer, der in Zivilkleidern war und größere Geldmittel bei sich trug, wurde in einem Kaffeehaus von polnischen Banditen angefallen, erschossen und beraubt. Er ist offenbar das Opfer einer Verwachsung mit dem englischen Kriminalinspektor Nilsen geworden, auf den es die Banditen abge- sehen hatten, seit die englische Polizei in Antonienhütte mit aller Schärfe vorrückte. Unter dem Verdacht der Täterschaft bei der Ermordung des englischen Major- lora Elles in Polen Viktor Blumberg, Joseph Marek, die Ruda und Viktor Waldemar aus der R. tonie Karl Emanuel verhaftet worden.

Ausland.

Tschecho-Slowakei.

§ Karlisten-Enteignung in der Tschecho- Slowakei. Wie die Praeger Blätter melden, wird das tschecho-slowakische Parlament einen Gesetzentwurf betreffend die Enteig- nung der in der Slowakei gelegenen Güter der ungarischen Familien Andrássy, Ap- ponyi, Rakowski und Windischgrätz dem- nächst beraten, weil Mitglieder dieser Fa- milien sich mit großem Eifer für die Sache Habsburgs eingesetzt haben. Ferner soll, wie verlautet, die Heilwalle von Pilsen in Staatsbesitz übergehen. Das Territo- rium, auf dem sich die bezeichneten Quellen befinden, gehört gegenwärtig der Familie Erdödy, also gleichfalls einer ungarischen Adelsfamilie.

Oesterreich.

§ Die innerpolitische Lage Oesterreichs. In der innerpolitischen Lage Deutsch-Oester- reichs ist trotz des Sturzes des Finanzmini- sters Dr. Girtler keine Aenderung ein- getreten. Der Bundeskanzler Schöber begibt sich Sonntag wieder nach Venna, um dort in doppelter Eigenschaft sowohl als Bundeskanzler wie auch als Leiter des Finanzministeriums die Verhandlungen betz. Rückstellung des Pfandrechts und Kredite für Oesterreich weiterzuführen.

Schwiz.

§ Tagung des Völkerbundsrates. Unter dem Vorsitz des Spaniers Quinones de Leon trat am Donnerstag in Genf der Völkerbundsrat wieder einmal zu einer Sitzung zusammen. Vertreten waren Belgien, Brasilien, China, Frankreich, England, Italien und Japan. Behandelt wurde zunächst der englisch-amerikanische Vertrag über Palästina. Auf Vorschlag Lord Bal- four's beschloß der Völkerbundsrat, die Ent- scheidung über diese Frage zu vertagen. Darauf befahte sich der Völkerbundsrat mit anderen Fragen; um Latein-Amerika enger an Genf zu binden, wird ein besonderes Sekretariat für Latein-Amerika beim Völ- kerbundsrat eingerichtet werden. Die zweite Sitzung war der Behandlung der albanischen Frage gewidmet.

Italien.

§ Verständigung zwischen Rom und Moskau. Zwischen dem Vertreter des Papstes, Mgr. Piccardos, und Tschit- scherin ist es in Santa Maraberta bei Venna zu einer Verständigung auf folgen- der Grundlag gekommen: Die Russen nehmen die beiden ersten Punkte der päp- tlichen Denkschrift, die sich auf die reli- giöse und Gewissensfreiheit und auf den Schutz der katholischen Min- derheiten in Rußland beziehen, an. Da- gegen haben sie den dritten Punkt abge- lehnt, der die Rückgabe der Kirchen- güter vorschloß. Mgr. Piccardo hat im Namen des Papstes erklärt, daß auf diesen Punkt verzichtet werden würde. Diese Verständigung hat in Rom nicht überhastet, vielmehr handelt es sich nur um die formelle Bestätigung der schon seit Wochen getrof- fenen Abmachungen. Voraussichtlich verbleibt Frankreich dem Vatikan diesen Pakt, so daß die Spannung zwischen Frank- reich und der Kurie ein- weitere Verschärfung erleidet. Andererseits bedeutet der Vertrag für die Sowjetregie- rung eine staatliche Anerkennung durch die stärkste und konservativste geistliche Autorität und infolgedessen eine Stärkung nach innen und außen.

England.

§ Der Rückgang des britischen Handels. Im englischen Unterhause sprach der Prä- sident des Handelsamtes, Baldwin, über die Lage des britischen Handels. Wenn man die Ziffer für 1913 mit 100 nehme, so sei die heutige 65. Das sei 10 Punkte unter der für 1920, aber 17 Punkte über der des Vorjahrs. Die Vernichtung des deutschen Welthan- dels hat den Engländern nicht Vorteile, sondern große wirtschaftliche Nachteile ge- bracht, ganz abgesehen davon, daß sie jetzt die Herrschaft auf dem Weltmeere mit Ame- rika teilen müssen.

Der König von Italien wird am 16. d. M. in Venedig eintreffen und daselbst vier Tage verweilen. Am 29. wird sich der König an Bord eines Kriegsschiffes nach Triest begeben.

Eine Abordnung der Pariser Stadt- verwaltung ist in Rom angekommen, um die städtischen Einrichtungen zu besichtigen. Eine französische Meldung aus Kon- stantinopel besagt, daß die kemalistische Regierung in Cilicien die Generalmobilisation angeordnet habe.

Nach einer Davasmeldung aus Tebe- ran haben sämtliche Minister mit Aus- nahme des Kriegsministers dem Schab ihren Rücktritt mitgeteilt.

Der „Matin“ meldet bestänigend aus Madjowost, daß nach japanischen Ver- richten Japan die Räume in Sibirien auf unbestimmte Zeit veräußert habe.

Der englische Votschaffler in Paris, Lord Darlington, ist nach London abgereist. Infolge des unglücklichen Standes der Friedensverhandlungen wird der unmittel- bar bevorstehende Rücktritt des griechischen Ministerpräsidenten Gounaris angekündigt.

Der Landgemeindevorband gegen die Getreide-Umlage

Der Gesamtvorstand des Preussischen Landgemeindevorbandes, der mehr als 14 000 einzelne Gemeindevorsteher und Ver- perschaftliche Gemeinden als Mitglieder zählt, faßte in seiner am 28. April in Berlin abgehaltenen Sitzung folgenden Bes- chluß: Der Preussische Landgemeindevor- band kann die Umlage 1922 erneut eine Getreide- umlage durchzuführen, nicht gutheißen.

Heimatliches.

Rastätten, 15. Mai 1922.

Generalversammlung. Die gestern im Hotel „Zur alten Post“ abgehaltene Haupt- versammlung des Vorschuß- und Credit-Vereins war von weit über 100 Mitgliedern besucht und wurde durch den Direktor, Herrn Wilhelm Werner, mit einem warmen Nachruf für den verstorbenen Kassierer, Herrn Wilhelm Seibel, eingeleitet.

Planetenerscheinungen im Mai.

Merkur ist mit Ausnahme der ersten Woche den ganzen Monat abends im Nordwesten sichtbar, um die Mitte dieses Monats herum, dreiviertel Stunden lang.

waren bei dem diamantenen Jubilar in der Schule, der sie als Novizenmeister in die Ordensbräuche und den Ordensgeist einführte.

Spd. Wiesbaden, 14. Mai. In der Nähe des Paulinenschloßes fand ein französischer Soldat deutsche Wertpapiere im Wert von 41 000 Mark und lieferte den Fund auf dem Fundbüro ab.

Spd. Gmünden, 12. Mai. Mit großem Rißeln ging ein rotglühender großer Meteor direkt neben dem Rathaus nieder.

Spd. Ufungen, 14. Mai. Die Justizbehörde hat der Stadtgemeinde mitgeteilt, daß im nächsten Jahre mit dem Bau des neuen Amtsgerichts- gebäudes begonnen werde.

Vermischtes.

Großes Schadensfeuer bei Potsdam. In Saarmund wurden zwei Bauerngehöfte durch Großfeuer zerstört. Die Ortsfeuer- wehr war dem Feuer gegenüber machtlos.

Eine Fabrik eingestürzt. In Gos- lar brach im Kesselhaus der Fabrik für Vervielfältigungsapparate Großfeuer aus, das das Kesselhaus, die Fabrikräume und eines der Lagergebäude vernichtete.

Raubmord an einem Pferdehändler. In dem sächsischen Orte Kirchbach bei Dede- ran drangen mehrere Räuber in das Schlafzimmer des Pferdehändlers Järral ein und erschossen diesen, als er sich zur Wehr setzte.

Frauen in Flammen. In Zwedort bei Buchen ereignete sich ein schweres Ex- plosionsunglück. In einer Hütte, in der früher Geschosse entladen wurden, such- ten zahlreiche Frauen Schutz vor einem Ge- witter.

Starker Schneefall in Königsberg. Trotz des Sonnemonats Mai hat in der ostpreussischen Stadt Königsberg der Win- ter noch sein strenges Regiment aufrecht er- halten und starker Schneefall deckt die Straßen mit weißen Klößen.

Eisenbahnkatastrophe bei Pisa. Ein Zug, der den Bahnhof von Pisa verlassen hatte, passierte eine Eisenbahnbrücke, als diese unter dem Gewicht des Anzues zusam- menbrach.

Die letzten Avignon-Gefangenen. Der in Nürnberg tagende Veriretertag der Reichsvereiniguna ehemaliger Kriegsge- fangener hat an die Genua-Konferenz zu Händen des deutschen Reichsanzalters fol- genden telegraphischen Appell für die end- liche Freigabe der letzten deutschen Frank- reich-Gefangenen gerichtet.

Die plattdeutschen Amerikaner auf der Fahrt nach Hamburg. Mit ca. 1000 Rei- senden hat der Dampfer „Santia“ der Ham- burg-Amerika-Linie, der ausschließlich von

Mitgliedern des plattdeutschen Volkstest- vereins in Amerika zur Fahrt nach Ham- burg benutzt wird, den New Yorker Hafen verlassen. Bei der Abfahrt kam es zu be- geisterter Kundgebungen.

Blutige Familientragödie in Charle- ville. In Charleville tödete ein Arbeiter namens Corraze, der in schlechtem Ein- vernehmen mit seiner Frau lebte, seine Tochter, verwundete seine Frau und seine Schwiegermutter durch Revolvergeschüsse und jagte sich dann eine Kugel in den Kopf.

Lenins Krankheit. Ueber Nino wird gemeldet, daß die Operation, der sich Lenin fürzlich hat unterziehen müssen, noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat.

Russenmord in London. Der russische Finanzfachverständige Kugachew wurde in einer Straße Londons tot aufgefunden.

Schwunghafter Leichenhandel in Buda- pest. Eine ungewöhnliche Angelegenheit beschäftigt zurzeit die Budapest Polizei.

Riesenbrand auf den Petroleumfel- dern von Vaku. Nach Nachrichten aus Kopenhagen ist in den Petroleumfeldern von Vaku ein Riesenbrand ausgebrochen.

Begen ihres Protestes gegen Kirchen- raub zum Tode verurteilt. Am 9. Mai haben die Volksgewissten acht Priester und einige Frauen zum Tode verurteilt.

Erderstötterungen auf der Insel Martinique. Auf der Insel Martinique wird ein ziemlich heftiger Erdstoß gemeldet, der dort verspürt wurde, ohne Schaden an- zurichten.

Die neuere Genua-Konferenz. Wie Pariser Blätter melden, soll die Konferenz von Genua Italien bis jetzt 50 Mil- lionen Lire gekostet haben.

Eine frohe Maienstunde schafft der Waldmeister, von dem Julius Wolff, der verstorbene Dichter des Barzes, in seinem „Wilden Räger“ singt:

Im Walde grünt ein Edelkraut, Ich nenn' es nicht mit Namen, Das mußt du pflücken frisch betaut, Es's Blüten trägt und Samen.

Es ist so, der Waldmeister darf im Wald nicht zu lange stehen, etwa 20-25 Mi- nuten, sonst wird der Maitrank zu stark, und ein tüchtiger Kopfschmerz ist die Folge.

trant. Und da heute ein beschneiderer Wein nicht viel mehr kostet, als Bier, so kann man sich schon einen Humpen voll brauen.

Als fast der letzte unter allen Zug- vögeln hat sich nun auch der Ruck auf ein- gefunden, der sonst spätestens Ende April sich einzustellen pflegt.

Ein 16jähriger Raubmörder wurde von der Strafkammer in Krefeld zu 15 Jah- ren Gefängnis verurteilt.

Gerichtliches.

Berurteilter Verräter. Die Frank- furter Strafkammer verurteilte wegen Ver- rats militärischer Geheimnisse, unaufrichtern Weisens und Betruges den Privat- detektiv Kurt Danm bach aus Wiesbaden zu drei Jahren acht Monaten Gefängnis.

Volldis angebliche Helfershelfer. Die Flucht des Oberleutnants Volldis aus dem Untersuchungsgefängnis im November 1921 beschäftigte das Hamburger Landgericht.

Der eigene Schwiegervater als Rich- ter. Von seinem eigenen Schwiegervater, dem Franzosen Demurperot, wurde in Mainz vom französischen Gericht der Kriegsinvalide Marx, weil er sich aus dem Kriege einen Artilleriefeld und einen Dolch mitgebracht und nicht abgeliefert hatte, zu 15 Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Handel und Verkehr.

Eine Schifffahrtslinie Danzig-Peters- burg. Die Sarmatia-Schifffahrts-Ges. in Danzig organisiert gegenwärtig mit der Bergenske Dampfschiff Seltsab eine dau- ernde Schifffahrtslinie zwischen Danzig und Petersburg zur Beförderung von Ladungen und Passagieren.

Fischschiffes Zucker ins Ausland. Die hessischen Zuckerraffinerien haben be- schlossen, vom 15. Mai ab auf Rechnung der neuen Ernte den Zucker aus Vorräten ins Ausland zu bringen.

Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Ver- liner Börse am

Table with 4 columns: Currency, 18.5, 12.5, 1914. Rows include 100 holl. Gulden, 100 belg. Franken, 100 dänische Kronen, etc.

Frische Fische für Donnerstag eintreffend. Frau Christ, Hagel, Oberstraße.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

(Nachdruck verboten.)

Der Präsident holte seine Frau in der Tat aus der Ober ab. Aus dem Heimwege sprach er kein Wort. Juliane hatte beinahe gehofft, daß er ihr wegen ihrer Eigenmächtigkeit Vorwürfe machen würde. Sie hatte sich noch auf so viel besonnen, was sie ihm hatte sagen wollen, in der ersten Aufregung aber vergessen hatte, ihm zu sagen. Sie wartete auf eine passende Gelegenheit dazu. Sie wartete vergeblich.

Julianes Worte hatten doch einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Er mußte ihr recht geben — sogar in der Hauptsache. Sie war allerdings durch ihre Jahre besug, Forderungen an ihn zu stellen, die er nicht erfüllen konnte, die zu erfüllen seinem innersten Wesen widerstand.

Nun war die junge Frau dauernd an ihn gefesselt, und nun fühlte er, daß er ein alter Mann geworden war, viel älter, als sein Geburtsjahr es auswies. Er hatte gemeint, daß er an dem sonnigen Frühling den sie in sein Haus bringen würde, erwärmen werde; und nun fühlte er erst recht, wie winterlich durchkühlt sein Herz und seine Seele waren. Er mochte sich bemühen, so sehr er wollte, er konnte keine Barmherzigkeit mit ihr finden. Sie störte ihn nur in seinen fest vererbten Gewohnheiten; er hatte auf einmal Rücksichten zu nehmen, von denen er nichts mehr wußte, es mochte ihn unwirksam machen, wenn er sie lachen hörte, denn er selbst lachte nie und hatte jetzt weniger Lust dazu, denn je zuvor. Er mußte sprechen, wenn er schweigen, ausgehen, wenn er daheim bleiben, warten, wenn er gehen wollte. Die Frau war ihm überall im Wege! Er war durch seine Bemühung kein Schwann, er war nur ein verheirateter Junggeselle geworden.

Instinktiv hatte Juliane wohl das Richtige getroffen, als sie, um der unerquicklichen Nachwirkung des heftigen Auftritts mit ihm auszuweichen, ihrer Wege gegangen war und in der Gesellschaft mit einer anderen jungen Frau den unliebsten Vorfall, so gut es eben gehen mochte, zu vergessen gesucht hatte. Kein Wort des Vorwurfs kam daher über seine Lippen. Er wollte ihr zu verstehen geben, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sie die Vergnügungen, nach denen sie verlangte und auf die sie ihre berechtigten Ansprüche behauptete, aufsuche; nur möge sie nicht von ihm verlangen, daß er diese Vergnügungen teile. Er wollte ihr die weitestgehenden Freiheiten willig einräumen, diese sollten eben erst da ihre Grenzen finden, wo sie nach unseren Begriffen von Sitte und Ehre sich selbst verbieten. Dadurch hoffte er, die Schuld, die er begangen hatte, und die nicht wieder gut zu machen war, wenigstens nach Möglichkeit zu vermindern.

Juliane fühlte sehr bald, daß sie freigegeben war, und suchte nun ihrerseits ihr Leben daraufhin einzurichten. Aber es kostete sie doch harte Kämpfe, sich dazwischen zu ergeben. Es beleidigte ihren Stolz, daß diese Ehe nichts anderes war als eine grobe Unwahrheit, die lediglich aus Rücksicht auf die Welt aufrechterhalten wurde. In Wahrheit war es keine Ehe, es war nur das erzwungene Vorführen eines alten Junggesellen und einer lebensfrohen Witwe.

Die Welt steht viel, und sie erträgt noch mehr, als sie sieht. Obwohl Graf Albrecht und Juliane unabhängig von einander ernstlich darauf bedacht waren, die Wahrheit ihres gegenseitigen Verhältnisses ernstlich zu verbergen, und für das, was auffällig hätte erscheinen können, eine einleuchtende Erklärung zu geben, war es in ihren Streifen doch allbekannt, daß diese Ehe nicht so war, wie sie sein sollte. Kein Mensch wunderte sich darüber, man hatte es ja kommen sehen. Und es versteht sich, daß die Welt der Jugend und Schönheit recht gab.

Man fand es ganz natürlich, daß die junge, entzündete Gräfin ein bißchen kokett war, und sich den Hof machen ließ von jungen Leuten, die der Frau viel herzhafter und vermessener gegenübertraten, als sie es vor zwei, drei Wintern dem jungen Mädchen gegenüber gewagt hatten. Sie war bisweilen zu zwanglos. Aber, du lieber Himmel, sie war ja so jung, und ihr Mann war so alt!

Und gerade der Umstand, daß sie ihre Gunstbezeugungen gleichmäßig verteilte, daß sie dem jungen Staatsanwalt von Linenhorn gerade so anmutig zulächelte wie dem jungen Fürsten Ulrich von Engernheim, und dem Legationsrat von Werwitz gerade so schelmisch ins Auge sah wie dem schlanken Dragoner Grafen von Pagger — gerade das setzte sie vor jeder böshafsten Nachrede. Außerdem hatte die ganze Gesellschaft das bestimmte Gefühl, daß die Persönlichkeit des Grafen von Pagger niemals zu einer lächerlichen Rolle aufsteigen werden könnte. Und an eine Frau, die diesen Namen trug, wagten sich die Bosheit und die Klatschsucht nicht heran.

Unter den jüngeren Herren, die sie besuchten, waren es namentlich der Legationsrat von Werwitz und der junge Fürst Ulrich von Engernheim-Kypstein, die ihr besonders sympathisch waren; der Legationsrat, weil er alles wußte, was in der Berliner Gesellschaft vorging, und in geistvoller, nie gehässiger Weise darüber mit ihr plauderte, weil er ihr tausend kleine Aufmerksamkeiten erwies, und bei jedem Anlaß in taktvoller Weise kundgab, daß er zu ihr eine mehr als oberflächliche Zuneigung gefaßt hatte; der Fürst zunächst gewiß nur, weil er Herr von Kypstein, Besitzer der altberühmten Antiquitäten-Sammlung, Eigentümer der alten echten Lamoralspitze war.

Er fuhr erschrocken zusammen, als ihr vor zwei Jahren — im Winter 1877 — auf einem Ball beim Baron von Sedders-

dorf E. Durchlaucht Fürst Ulrich von Engernheim-Kypstein von ihrem Manne vorgestellt wurde. Sie war so betroffen und hatte ihre Ueberraschung so wenig zu meistern gewußt, daß sie sich zu einer Entschuldigung oder doch Erklärung ihres Benehmens genötigt sah. Sie sagte dem Fürsten einfach die Wahrheit: daß sie an einer tolen Schwärmerin für Spitzen frante, die Nachbildung der berühmten Lamoralspitze besaß und nun natürlich sehr überrascht worden sei, unvorbereitet dem glücklichen Besitzer des Originals gegenüberzustehen.

Der Fürst setzte sich neben sie, und sie plauderten noch nicht eine Minute zusammen, so hatte er ihr auch schon aus eigenen Stücken die Erfüllung eines ihrer sehnlichsten Wünsche zugesagt, den zu äußern sie niemals gewagt haben würde.

„Jawohl, die Lamoral“, sagte der Fürst mit trübem Lächeln. „Ich habe sie, wie so manches andere, was mein guter Papa mit seinem Verständnis und unermüdeltem Eifer zusammengekauft hat — für seinen höchst unwürdigen Sohn, der — von all den alten Schwärmen nicht das geringste versteht und sich deswegen auch nicht das geringste aus ihnen macht! Wenn es Sie irgendwie interessieren könnte, Ihre Spitze mit dem Urblut zu vergleichen, so würde es mir eine große Freude sein, sie Ihnen kommen zu lassen.“

„Was? Sie wollen wirklich?“ fragte Juliane mit leuchtenden Augen und durch das Mattgelb ihrer Wangen brach ein rosiges Schimmer.

„Aber mit dem größten Vergnügen! Ich bin Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie mich dazu ermächtigen. Dann erlange ich doch endlich einmal den Beweis, daß so eine Sammlung wenigstens zu etwas gut ist, und sogar zu etwas Besonderem: einer schönen jungen Frau einen kleinen Gefallen erweisen zu können. Morgen schreibe ich eine Zeile an den Rufos des Museums, und am Ende der Woche werde ich mir, mit Ihrer gütigen Genehmigung die Ehre geben, Ihnen die alte, unverfälschte „Lamoral“ zu Füßen zu legen.“

„Sie sind zu artig, mein Fürst! Sie wissen gar nicht, wie sehr Sie mich erfreuen, Sie können es nicht wissen! Ich werde Ihnen Ihren kostbaren Besitz nicht lange entziehen — nur auf ein paar Tage.“

„Aber ich bitte gehoramt! So lange es Ihnen beliebt. Ich entbehre sie nicht! Ich habe sie mir noch nicht einmal ordentlich angesehen, ich weiß eben nur, daß sie da ist.“

Juliane war entsetzt über diese ruchtlose Offenheit. Wie geringschätzig der Fürst von diesem einzigen Kunstwerke sprechen konnte! Und gerade er mußte es besitzen. Und trotzdem machte der Fürst doch einen sehr angenehmen Eindruck auf sie. Und dieser Eindruck wurde durch den Ruf, der ihm voranging: mit erstaunlichem Ernste in der Arbeit und ungewöhnlicher Arbeitskraft den leichtesten Sinn und die ausgeprochenste Vorliebe für Wein, Weib und

Wesang zu verbinden, nicht beeinträchtigt, wesentlich jedoch dadurch verstärkt, daß er Wort hielt. In den Nachmittagsstunden des nächsten Freitag ließ sich Fürst Ulrich bei Gräfin Juliane melden und brachte ihr die wahre Lamoralspitze.

Juliane konnte vor Aufregung in der Nacht kein Auge zutun. Sie wurde beständig von der unüberwindlichen Angst gepeinigt, daß ihr die „Lamoral“ gestohlen werden könne, und zu einer solchen Verführung lag doch nicht der geringste Anlaß vor; die echte „Lamoral“ war neben der falschen wohlgeborgen in dem eisernen Schrank des Toilettenzimmers, das nur durch eine dünne Tapentür von ihrem Schlafzimmer getrennt war, und vor diesem Schrank lag während der Nacht Nero, eine gewaltige perlgraue Ulmer Dogge, die auf den Mann dressiert und für jeden, der sich unbefugt dem Schranke nähern wollte, lebensgefährlich war.

Und dennoch fürchtete sich Juliane vor Dieben.

III. Fürst Ulrich von Engernheim, Herr auf Pfingsten und Kypstein, dessen Geburt seiner Mutter das Leben gekostet hatte, war 21 Jahre alt, als er im Hochsommer 1874 seinen Vater, den Fürsten Günther, verlor und dessen Erbschaft antrat. Fürst Günther war ein hoher, schmalbrüstiger, schwächlicher Mann gewesen, im Verkehr mit Fremden bescheiden und unbefolgen, ein Freund der Einsamkeit, beinahe menschlichen. Er hatte immer in stiller Zurückgezogenheit von der Welt auf dem alten Schlosse Kypstein gelebt und kaum eine andere Freude gehabt, als die unausgelebte, sich klandlich erneuernde, die ihm sein wohlgeratener Erbe bereitet, und die, die ihm die Instandhaltung, Bewollkommnung und strenge wissenschaftliche Erziehung der von ihm selbst geschaffenen Sammlung alter Kunstgegenstände gewährte. Er hatte schon in jungen Jahren zu sammeln angefangen, und während der Unterhandlungen über die Erwerbung eines kostbaren Kruges war er gestorben.

Fürst Ulrich trauerte tief und wahr um den dahingegangenen milden und stillen Mann. Er studierte damals in Bonn, war bei den „Preußen“, und sein Ruf als einer der ausgezeichnetsten Korpsstudenten war im ganzen Köfener S. C. seitbegründet. Er war ein vorzüglicher Schläger, ein Meister in allen anderen körperlichen Übungen; er war unüberwindlich an der Kneiptafel, verlor nie die Direktion und bewährte in allen Streitfragen, die zwischen den verschiedenen Korps sich erhoben, die größte Schneidigkeit und vollkommenen Takt. Die übermütigsten Streiche wurden ihm nachgezählt, von denen freilich nur der geringere Teil wahr war; aber auch dieser genügte, um den Beinamen des „tolen Ulrich“, der ihn in Heideberg bei den Sargoborussen beigelegt, der ihm nach Bonn zu den Vorurufen gefolgt war, und der ihn auch später noch nach Berlin begleitete, vollkommen zu rechtfertigen. (F. i.)

S. N. A. 38/1.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 38 die Firma Hubert Hiestand, Münchenroth und als deren alleiniger Inhaber der Kaufmann Hubert Hiestand in Münchenroth eingetragen worden.

Nastätten, den 8. Mai 1922.

Preuß. Amtsgericht.

Öffentliche Bekanntmachung.

Mit dem 15. Mai 1922 werden im Bezirke des Finanzamtes St. Goarshausen folgende Hilfsklassen eingerichtet:

Hilfsklasse Gemmerich, umfassend die Gemeinden: Gaddorf, Dachsenhausen, Ehr, Eschbach, Gemmerich, Himmighofen, Hinterwald, Kehlbach, Niederbachheim, Oberbachheim, Piffighofen, Weyer, Winterwerb. Hilfskassenleiter: Der Landwirt Karl Breithaupt in Gemmerich.

Hilfsklasse Nastätten, umfassend die Stadt Nastätten sowie die Gemeinden: Berg, Bettendorf, Vogel, Buch, Endlichhofen, Holzhausen, Hünzel, Lautert, Marienfels, Miehlen, Münchenroth, Niederwallmenach, Oberwallmenach, Oelsberg, Ruppertschhofen, Oberiefenbach. Hilfskassenleiter: Der Bürogehilfe Karl Abt zu Nastätten.

Hilfsklasse Welterod, umfassend die Gemeinden: Diethardt, Lipporn, Strüth, Weidenbach, Reitersheim, Welterod. Hilfskassenleiter: Der Gemeindevorsteher Adolf Töngers in Welterod.

Hilfsklasse Weisfel, umfassend die Gemeinden: Bornich, Dörscheid, Sauerthal, Weisfel. Hilfskassenleiter: Der Gemeindevorsteher Heinrich Schmidt in Weisfel.

Die Hilfsklassen sind zuständig für die Entrichtung der Umsatzsteuer für die Kalenderjahre 1920/21 sowie für die Einzahlung der Reichseinkommensteuer. Die Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922 können dagegen nur bei der Finanzkasse St. Goarshausen erfolgen.

Die Entrichtung der Steuern erfolgt für die Eigengemeinde der Hilfsklassen dortselbst. In den übrigen Gemeinden werden besondere Hebesteuern abgehalten werden. Die Hebesteuern und Hebeorte werden jeweils vorher ordentlich bekannt gemacht werden. St. Goarshausen, den 11. Mai 1922.

Das Finanzamt.

Opel- und Neckarsulm-Fahrräder

allen voran!

Stete Auswahl in 30—40 verschiedenen erstklassigen Fabrikaten in geschmackvoller Form und Ausführung. Lagerbesuch lohnend ohne Kaufzwang! Großes Gummlager und Ersatzteile! Fahrrad- und Maschinenhaus

Telefon 77

J. Dethert, Nastätten

Oberstraße 6

Eigene Reparaturen-Anstalt

Erstes und größtes Spezialgeschäft vom Untertaunus Gute sachmännische Arbeit und reelle Bedienung

Turnverein

Die aktiven Turner und Spielleute werden gebeten, am Dienstag Abend in der Turnhalle zwecks Besprechung über Himmelfahrtstag vorläufig zu erscheinen. Die Turnwart.

Die gegen Gastwirt Louis Greckius ausgesprochene Beleidigung nehme ich als unwarhaft zurück. Wiltb. Christmann. Diethardt, den 12. Mai 1922.

Maschinen-Motoren-Cylinder-Centrifugen-Fußboden-Wagen-Leder-Maschinen-Oele Fette Leder-Tran Carbolinum Riemenwachs, Leinöl alle streichfert. Farben Waschmittel, Ia. Kern- u. Schmierseife, Selpulver, Ia. Schuhcreme off. in bester Qual. billigst

Hub. Hiestand techn. Oele und Fette Münchenroth.

Lokomobilen fahrbar in allen Größen, auch ganze Dreschgarnitur, falls gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angebote an E. Denninger, Auerbach (Hessen).

Grubensand und -Kies! Den verehrlichen Bauinteressenten zur Kenntnis, daß ich den Weg zu meiner Sandgrube fahrbar gemacht habe und empfehle bei Befahrung von Autobahn sofort zu bestellen, damit ich die Befahrung bei der großen Nachfrage franko Baustelle frühzeitig ausführen kann.

Heinrich Meyer Bierfried b. St. Goarshausen Telefon 23.

Geschäfts-Empfehlung!

Unsere bisherigen Verbrauchern zur gefl. Nachricht, daß ich unter der Firma Hubert Hiestand, Münchenroth techn. Oele und Fette ein Lager in allen einschlägigen Artikeln in bester Qualität unterhalte.

Das unserer Firma Gebr. Hiestand, Hofheim entgegengebrachte Vertrauen bitte ich nunmehr auf mich übertragen zu wollen und zeichne hochachtend Hubert Hiestand, Münchenroth techn. Oele und Fette.

NB. Anfragen aus der Umgegend bitte von nun ab an mich richten zu wollen.

Frische Seefische direkt v. Küstenfangplatz, kommen Mittwoch, Donnerstag u. Freitag zum Verkauf; sowie Marinaden und Räucher-Fische im Kellerlokal Adernmann, Nastätten — Telefon 78.

Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Kinder-Socken Herren-Socken preiswert und in großer Auswahl empfiehlt Marie Haxel Wwe., Nastätten.

Baustoffe aller Art, insbesondere Zement, Kalk, Ringofenbacksteine, Schwemmsteine, Falzriegeln, Zementwaren, Tonrohre, sowie als Spezialität Mosaik- und Porzellan-Platten in reicher Auswahl und bester Qualität empfiehlt bei billiger Berechnung Baustoff-Handlung Jakob Hehner, Tel. 47. Nastätten. Tel. 47.

Ich litt seit 3 Jahren an gelblichem Ausschlag mit Juckreiz

Geleit. Durch ein halbes Stüd Zucker's Patent - Medizinal - Seife habe ich das Uebel völlig beseitigt. D. S., Volk. - Serg. Dazu Zucker-Creme (nicht fettend und fettlos). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Erstklassiges Ziegen-Mutterlamm (Saanenrasse) 4 Wochen alt, zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ziegen-Mutterlamm, mindestens 4 Wochen alt, zu kaufen gesucht. Gebt evtl. 1/2 Zentner Kartoffeln in Zahlung. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Glocke mit Lücken zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein fast neues Sofa preiswert zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Gebrauchte Häcksel-Maschine zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Gut erhaltener Drilling zu kaufen gesucht. Kal. 16. Cent. Bedingung: Fester Verschluß, gute Saugleistung. Offerten unter „H. 2. 50“ an den Verlag ds. Blattes.

Gebrauchter, betriebsstüchtiger Gas-Motor billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.